Deutscher Bundestag **Drucksache 17/6337**

17. Wahlperiode 29. 06. 2011

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Nicole Maisch, Cornelia Behm, Harald Ebner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/6107 –

Bericht zum Risikomanagement bei Lebensmittelkrisen vorlegen

A. Problem

Lebensmittelkrisen erfordern aus Sicht der Antragsteller eine besonders schnelle und wirksame politische Steuerung, da Gesundheit und Sicherheit der Verbraucherinnen und Verbraucher als auch die wirtschaftliche Existenz von landwirtschaftlichen und ernährungswirtschaftlichen Betrieben hiervon erheblich abhängen. In Deutschland wurden als Folge der BSE-Krise im Jahr 2001 im Lebensmittelbereich Risikobewertung und Risikomanagement getrennt und organisatorisch neu aufgebaut. Seitdem mussten nach Darstellung der Antragsteller zahlreiche Krisen im Lebensmittelbereich bewältigt werden, die unterschiedliche Anforderungen an die Bearbeitung gestellt haben. Zehn Jahre nach der Neuorganisation ist eine grundsätzliche Analyse und die Überprüfung der Funktionsfähigkeit des Risikomanagements aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erforderlich.

Mit dem Antrag auf Drucksache 17/6107 soll die Bundesregierung aufgefordert werden, bis Ende Oktober 2011 einen Bericht über die Erfahrungen der Bundesregierung seit dem Jahr 2001 mit dem Risikomanagement im Verbraucherschutz, insbesondere zur Koordination der Länder und der Informationspolitik der Bevölkerung in Lebensmittelkrisen, vorzulegen. Der Erfahrungsbericht ist mit Vorschlägen zur weiteren Entwicklung des Risikomanagements in Lebensmittelkrisen zu ergänzen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/6107.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/6107 abzulehnen.

Berlin, den 29. Juni 2011

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Friedrich Ostendorff
Stellvertretender Vorsitzender

Mechthild Heil
Berichterstatterin

Kerstin Tack
Berichterstatterin

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatterin

Karin Binder
Berichterstatterin

Nicole Maisch
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Mechthild Heil, Kerstin Tack, Dr. Christel Happach-Kasan, Karin Binder und Nicole Maisch

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/6107** in seiner 114. Sitzung am 9. Juni 2011 erstmals beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Gesundheit überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Lebensmittelkrisen erfordern aus Sicht der Antragsteller eine besonders schnelle und wirksame politische Steuerung, da Gesundheit und Sicherheit der Verbraucherinnen und Verbraucher als auch die wirtschaftliche Existenz von landwirtschaftlichen und ernährungswirtschaftlichen Betrieben hiervon erheblich abhängen.

In Deutschland wurden als Folge der BSE-Krise im Jahr 2001 im Lebensmittelbereich Risikobewertung und Risikomanagement getrennt und organisatorisch neu aufgebaut. Seitdem mussten nach Darstellung der Antragsteller zahlreiche Krisen im Lebensmittelbereich bewältigt werden, die unterschiedliche Anforderungen an die Bearbeitung gestellt haben. Zehn Jahre nach der Neuorganisation ist eine grundsätzliche Analyse und die Überprüfung der Funktionsfähigkeit des Risikomanagements aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erforderlich.

Mit dem Antrag auf Drucksache 17/6107 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN soll die Bundesregierung aufgefordert werden, bis Ende Oktober 2011 einen Bericht über die Erfahrungen der Bundesregierung seit dem Jahr 2001 mit dem Risikomanagement im Verbraucherschutz, insbesondere zur Koordination der Länder und der Informationspolitik der Bevölkerung in Lebensmittelkrisen, vorzulegen. Der Erfahrungsbericht ist mit Vorschlägen zur weiteren Entwicklung des Risikomanagements in Lebensmittelkrisen zu ergänzen.

III. Stellungnahmen des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner 45. Sitzung am 29. Juni 2011 den Antrag auf Drucksache 17/6107 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/6107 in seiner 44. Sitzung am 29. Juni 2011 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** äußerte, der Fraktion DIE LINKE. sei in ihrer Aussage zuzustimmen, dass im Zusammenhang mit dem Risikomanagement bei Lebensmittelkrisen eine selbstkritische Analyse durch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wünschenswert wäre. So seien beispielsweise in Rheinland-Pfalz, wo BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Regierungsverantwortung trage, bestimmte Informationsseiten zur EHEC-Krise bis vor kurzem im Internetangebot des zuständigen Landesministeriums noch nicht aufzufinden gewesen. Gleichzeitig hätte man aber von Seiten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundesebene Bundesministerin Aigner dafür kritisiert, dass eine Informationsseite der Bundesregierung zu EHEC nicht über die Suche bei Google sofort zu finden gewesen sei. Neben der Informationsvermittlung bestehe bei den Antragstellern auch Nachholbedarf im Bereich der Bündelung von Zuständigkeiten im Bereich des Risikomanagements in jenen Ländern, in denen sie regierten. So seien zum Beispiel in Rheinland-Pfalz im Rahmen der EHEC-Krise die Zuständigkeiten bei drei verschiedenen Ministerien angesiedelt, während man von Seiten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegenüber der Bundesregierung die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen Bundesgesundheits- und Bundeslandwirtschaftsministerium kritisiere. Die Fraktion der CDU/CSU stimme dem Antrag nicht zu.

Die **Fraktion der SPD** trug vor, es bestehe in der Öffentlichkeit die Erwartungshaltung, dass nach so einer ernsthaften Situation wie der EHEC-Krise, die in Deutschland eine große Verunsicherung in der Bevölkerung ausgelöst habe, von Seiten der Verantwortlichen gemeinsam analysiert werde, ob und wie das Krisenmanagement funktioniert habe. So müsse evaluiert werden, wo man schon gut aufgestellt sei und an welchen Stellen das Krisenmanagement und die dazugehörigen Verfahrensabläufe optimierungsfähig seien. Es sei sinnvoll, beispielsweise im Zusammenhang mit der EHEC-Krise zu überprüfen, ob das bisherige Meldeverfahren für Krankheitsfälle noch sinnvoll sei. So müssten derzeit zunächst die Krankheitsfälle von den Krankenhäusern an die jeweiligen Gesundheitsämter gemeldet werden, bevor sie dann an das Robert Koch-Institut weitergegeben würden. Aus diesem Grund sei es zu begrüßen, dass man derartige Dinge in einem Bericht aufarbeite, um sich dann nochmals der Abläufe des Krisenmanagements bei Lebensmittelkrisen zu vergegenwärtigen. Aus diesem Grund werde die Fraktion der SPD dem Antrag zustimmen.

Die **Fraktion der FDP** bemerkte, sie halte es für völlig unangemessen, den Dioxinvorfall von Anfang des Jahres, der auf kriminelles Handeln eines Unternehmens zurückzuführen sei, mit der aktuellen EHEC-Epidemie in einen Topf zu werfen. Hierbei handele es sich um zwei völlig unterschiedliche Sachverhalte. Sie sei der Auffassung, dass insgesamt gesehen die Bundesregierung gerade auch die aktuelle EHEC-Krise hervorragend gemanagt habe. Die 2001 erfolgte Trennung von Risikomanagement und Risikoberatung habe sich in den vergangenen Krisen bewährt. Man habe im Zuge der EHEC-Epidemie feststellen können, dass Institu-

tionen wie das Robert Koch-Institut (RKI) und das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) hervorragend miteinander zusammengearbeitet und sich stets gleichlautend an die Öffentlichkeit gewandt hätten. Das gelte ebenso für die beiden fachlich zuständigen Bundesminister. Irritationen in der EHEC-Krise hätten vielmehr einige Wissenschaftler ausgelöst, die bezüglich der Ursachen für den Ausbruch von EHEC zahlreiche Spekulationen in die Welt gesetzt hätten. Die Fraktion der FDP lehne den Antrag ab, da sie keine Notwendigkeit für einen derartigen Bericht zum Risikomanagement sehe.

Die **Fraktion DIE LINKE.** betonte, sie halte die Forderung nach der Vorlage eines Berichtes zum Risikomanagement bei Lebensmittelkrisen grundsätzlich für berechtigt. Die Funktionsfähigkeit der Behörden, die die Lebensmittelsicherheit zu gewährleisten hätten, müsse evaluiert werden, da die Lebensmittelskandale der letzten zehn Jahre viele Lücken offengelegt hätten. Es könne aber nicht sein, dass eine derartige Evaluierung nur alle zehn Jahre stattfinde. Eine Überprüfung müsse fortlaufend stattfinden. Daher halte man die Berichtsforderung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für verspätet, zumal die Umstrukturierung des behördlichen Risikomanagements bereits im Jahr 2001 stattgefunden habe. Die zu diesem Zeitpunkt politisch verantwortliche Bundesverbraucherschutzministerin Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hätte bereits zum damaligen Zeitpunkt eine Evaluierung auf den Weg bringen müssen. Man sei außerdem der Auffassung, dass die Evaluierung weitaus umfassender sein müsste, weil auch die Risikobewertung und die Risikoforschung auf den Prüfstand gestellt gehörten. Aus diesem Grund werde sich die Fraktion DIE LINKE. bei dem Antrag enthalten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hob hervor, die Vorlage eines Berichtes über die Erfahrungen zum Risikomanagement bei Lebensmittelkrisen in den vergangenen Jahren sei dringend notwendig. Dabei gehe es darum, dass man bei solchen Lebensmittelkrisen wie beispielsweise Gammelfleisch, Dioxin und aktuell dem EHEC-Geschehen überprüfe, ob das Krisenmanagement richtig funktioniert habe und was gegebenenfalls noch verbessert werden könne. Sowohl der Bundesgesundheitsminister als auch die Bundeslandwirtschaftsministerin hätten sich dahingehend geäußert, nach dem Abklingen des EHEC-Ausbruchs eine kritische Bewertung des Krisenmanagements durchzuführen. So müsse untersucht werden, ob zum Beispiel bei EHEC das Meldewesen richtig funktioniert habe. Laut Medienberichten seien die Meldungen von EHEC-Erkrankungen auf dem Postweg und nicht per E-Mail erfolgt. Derartige Punkte möchte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in einem Bericht zum Risikomanagement bei Lebensmittelkrisen aufgearbeitet sehen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. den Antrag auf Drucksache 17/6107 abzulehnen.

Berlin, den 29. Juni 2011

Mechthild Heil Berichterstatterin	**Kerstin Tack** Berichterstatterin	**Dr. Christel Happach-Kasan** Berichterstatterin
Karin Binder Berichterstatterin	**Nicole Maisch** Berichterstatterin	

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333